

DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

# DIE EUROPAPOLITISCHEN POSITIONEN DER ITALIENISCHEN RECHTS-MITTE-PARTEIEN

**Luca Argenta**  
September 2022



Durch seine in den letzten Jahren vertretenen Positionen wurde das italienische Mitte-Rechts-Lager zum Rechts-Mitte-Lager.



Angesichts der im September anstehenden Neuwahlen versuchen die drei Parteien des italienischen Rechts-Mitte-Bündnisses (*Fratelli d'Italia*, *Lega* und *Forza Italia*) der Öffentlichkeit und den internationalen Partnern gegenüber vertrauenerweckend und verantwortungsbewusst aufzutreten, insbesondere was ihre Vorschläge auf EU-Ebene betrifft.



Die Prioritäten der von Giorgia Meloni, Matteo Salvini und Silvio Berlusconi angeführten Parteien lassen sich jedoch weniger an ihrer aktuell gemäßigten Haltung als vielmehr an ihrer politischen Geschichte erkennen.

## DIE EUROPAPOLITISCHEN POSITIONEN DER ITALIENISCHEN RECHTS-MITTE-PARTEIEN



Durch seine in den letzten Jahren vertretenen Positionen wurde das italienische Mitte-Rechts-Lager zum Rechts-Mitte-Lager.



Angesichts der im September anstehenden Neuwahlen versuchen die drei Parteien des italienischen Rechts-Mitte-Bündnisses (*Fratelli d'Italia*, *Lega* und *Forza Italia*) der Öffentlichkeit und den internationalen Partnern gegenüber vertrauenerweckend und verantwortungsbewusst aufzutreten, insbesondere was ihre Vorschläge auf EU-Ebene betrifft.



Die Prioritäten der von Giorgia Meloni, Matteo Salvini und Silvio Berlusconi angeführten Parteien lassen sich jedoch weniger an ihrer aktuell gemäßigten Haltung als vielmehr an ihrer politischen Geschichte erkennen.



# Inhalt

<b>FRATELLI D'ITALIA</b>	2
<b>LEGA</b>	4
<b>FORZA ITALIA</b>	5
<b>FAZIT</b>	7
<b>LITERATUR</b>	8

Die italienischen Meinungsforschungsinstitute sind sich mittlerweile einig: Das Mitte-rechts-Lager, das angesichts seiner Positionen, die sich immer mehr von jenen einer gemäßigten Mitte entfernen, besser Rechts-Mitte-Lager heißen sollte, wird die italienische Parlamentswahl am 25. September gewinnen. Im Wesentlichen besteht das Lager aus drei Parteien: *Fratelli d'Italia* (Fdl), eine von Giorgia Meloni geführte, post-faschistische, souveränistische und nationalistische Partei; die rechte, xenophobe und populistische von Matteo Salvini geführte *Lega*; *Forza Italia* (FI), Silvio Berlusconi's konservative Partei. Zurzeit (Mitte September 2022) liegt der Stimmenanteil der Fdl, so die Meinungsumfragen, bei 25 Prozent, der der *Lega* bei 14 Prozent und der der FI bei 7 Prozent; insgesamt liegt der Stimmenanteil des Rechts-Mitte-Lagers somit bei rund 46 Prozent, gefolgt vom Mitte-links-Lager (30 Prozent), der 5-Sterne-Bewegung (11 Prozent) und dem sogenannten dritten Lager der Mitte (etwa 6 Prozent).

Jüngst veröffentlichte das Rechts-Mitte-Bündnis sein gemeinsames Wahlprogramm aus 15 Punkten, in dem die wichtigsten Ziele einer möglichen zukünftigen Regierung aufgeführt werden. Der erste Punkt trägt den Titel *Für Italien – Rahmenvereinbarung für das Programm einer Mitte-rechts-Regierung* (Rahmenvereinbarung 2022) und befasst sich mit der italienischen Außenpolitik, unter anderem mit den Beziehungen zur Europäischen Union. »Italien ist fester Bestandteil Europas, des atlantischen Bündnisses und des Westens. Mehr Italien in Europa, mehr Europa in der Welt« (ebd.), so lautet die Überschrift des ersten Absatzes. Offensichtlich bemühten sich die drei Parteien, nicht als Rechtsextremisten dazustehen: Jetzt, wo die Forderung nach einem Austritt Italiens aus dem Euro fallen gelassen wurde, erwähnen sie mit keinem Wort die Vorbehalte gegen die gemeinsame Währung und beteuern mit Nachdruck die Bindung an den Nordatlantikpakt und ihre Unterstützung der Ukraine angesichts des russischen Einmarsches – ohne dabei zu vergessen, ihren vollen Einsatz für den europäischen Integrationsprozess zu erwähnen. Andere Töne – aber immerhin gemäßigte – werden angeschlagen, wenn es darum geht, die Reform der Regeln des Stabilitätspaktes und der wirtschaftspolitischen Steuerung bzw. (nächster Absatz) ein der neuen internationalen Lage angemessenes Übereinkommen mit der EU-Kommission zur Reform des PNRR (*Piano Nazionale di Ripresa e Resilienza*, also des italienischen Wiederaufbauplans, der den Zugriff auf die Mittel des Wiederaufbaufonds Next Generation EU [NGEU] ermöglicht) zu fordern. Absatz 6, »Sicherheit und Bekämpfung der illegalen Einwanderung« (ebd.), befasst sich ganz allgemein mit der Bekämpfung der illegalen Einwanderung durch die Steuerung legaler Migrationsströme und die Verteidigung der nationalen und europäischen Grenzen (Grenzkontrolle, Seeblockade und Einrichtung von Hotspots außerhalb der EU).

Insgesamt scheinen alle drei Parteien auf das Äußerste bemüht zu sein, der Öffentlichkeit oder vielmehr Brüssel und den internationalen Partnern gegenüber als politische Akteure aufzutreten, die weder eine autoritäre Wende noch den Austritt Italiens aus Euro und EU ins Auge fassen. Mit einem Wort: Sie wollen Vertrauen zu wecken und verantwortungsbewusst wirken.

Die wahre Natur der drei Parteien tritt jedoch viel eindeutiger zutage, wenn wir kurz die Geschichte ihrer europapolitischen Positionen skizzieren. Diese Geschichte beginnt lange vor Juli 2022, als *Lega* und FI zusammen mit der 5-Sterne-Bewegung die Regierung Draghi stürzen und der Wahlkampf beginnt: In den Monaten und Jahren zuvor zeigten sich ihre eindeutig rechte Verortung – vor allem die der Fdl und der *Lega* –, ihr Euroskeptizismus, ihre Vorbehalte gegen EU-Institutionen und EU-Maßnahmen, ihre Unterstützung der populistischen Internationale, ihre Nähe zu Persönlichkeiten wie Viktor Orbán und Steve Bannon, ihre zweideutige Haltung zum Nordatlantikpakt und ihre Annäherung an russische Positionen. Doch gehen wir der Reihe nach vor und schauen wir uns die Positionen der einzelnen Parteien des italienischen Rechts-Mitte-Bündnisses genauer an.

## FRATELLI D'ITALIA

Kennzeichnend für die Partei Giorgia Melonis, die gleichzeitig deren Spitzenkandidatin ist, Präsidentin der euroskeptischen Partei der europäischen Konservativen und Reformer (ECR) in Brüssel und, sollte ihr Bündnis die Wahl gewinnen, wohl die nächste italienische Premierministerin, ist ein Souveränismus, der sich nicht nur mit dem Anliegen des Schutzes der Grenzen – insbesondere vor Einwander\_innen aus islamischen Ländern, womit die Islamisierung Italiens und Europas verbunden sei – erklären lässt, sondern auch als Mittel verstanden werden muss, sich gegen die Europäische Union zu wehren, die allen Mitgliedsstaaten Rechtsstaatlichkeit aufzwingen wolle (Ventura 2022: 7). Meloni selbst ergriff mehrfach für die polnische und ungarische Regierung in deren Streit mit der EU Partei: Schwarz auf weiß schrieb sie, die EU schwinge den Begriff des Rechtsstaates »wie eine Eisenstange, um damit auf die Köpfe der ungarischen und polnischen Bevölkerung einzuschlagen«, die nichts anderes wollten, als ihrer nationalen, christlichen Identität treu zu bleiben (Meloni 2021: 213).

Seit Jahren nutzt Fdl die vor allem auf die Auswirkungen der Finanz-, Wirtschafts- und Migrationskrise zurückzuführende zunehmend euroskeptische Stimmung der italienischen Bevölkerung, um ein anderes Europa zu fordern, sowohl was die Funktionsweise als auch was den kulturellen Rahmen betrifft, eine auf traditionelle, christliche Werte – die oft verwendete Dreierheit »Gott, Vaterland, Familie« – gegründete EU, die nationale Besonderheiten vor der »wildem Globalisierung« schützt. Die real existierende EU sei hingegen ein »Europa der Bürokrat\_innen und Technokrat\_innen« (Wahlprogramm Fdl Europawahl 2019), ihr wird das Europa der Völker entgegengesetzt – ganz nach dem typisch populistischen Muster »Wir gegen die anderen«. Noch im Juli 2022, während ihres letzten Auftritts im EU-Parlament, fasste Giorgia Meloni ihre Vorstellung der EU knapp zusammen: »Europa soll weniger, dafür aber besser handeln.« Damit meint sie, dass die EU eine Konföderation werden soll, also ein Bund souveräner Staaten, der den Mitgliedsstaaten rechtlich nicht bindende Empfehlungen gibt. An dieser Stelle sei daran erinnert, dass Meloni ferner den Vorrang der italienischen Verfassung und der italienischen Gesetze vor dem EU-Recht wiederherstellen

will – wiederum genauso wie Polen und Ungarn. Wie es im Wahlprogramm für die Parlamentswahl 2018 nachzulesen ist, bedarf die Verwirklichung dieser neuen EU einer Reform der Verträge.

Die Forderung einer »Neuverhandlung aller EU-Verträge, angefangen beim Fiskalpakt und beim Euro« (Wahlprogramm Fdl 2018) verdeutlicht, wie Fdl zum Euro steht. In einem Interview im Januar 2018 sagte Meloni, der Euro sei »eine falsche Währung« und daher bedürfe es eines Plans für einen kontrollierten und einvernehmlichen Austritt aus der gemeinsamen Währung; zu dem, was nach dem Austritt passieren sollte, äußerte sie sich nicht. 2021 bestätigte sie ihr negatives Urteil, obwohl sie die Idee eines Austritts aufgegeben hatte; zugleich stellte sie klar, die gemeinsame Währung sei »nicht für alle gut«, weshalb man »Entschädigungsmechanismen« für die von der Euro-Einführung am meisten beeinträchtigten Mitgliedsstaaten – wie etwa Italien – brauche (La Stampa 2022a).

Gegen den NGEU und den PNRR wettete Fdl immer wieder. Und tatsächlich enthielt sich Melonis Partei bei den wichtigsten Abstimmungen im italienischen und im EU-Parlament stets der Stimme – mit Ausnahme einer Abstimmung zugunsten einer sekundären Aufbauhilfe namens REACT-EU. 2021 behauptete der damalige Fdl-Fraktionschef im EU-Parlament, Carlo Fidanza, mit NGEU laufe man Gefahr, »den europäischen Bürger\_innen und Unternehmen neue direkte oder indirekte Steuern« aufzuheben sowie »die Regeln der Sparpolitik durch die Hintertür wieder hereinzulassen« (EU-Parlament 2021). In den darauffolgenden Monaten traten der PNRR und der Draghi-Plan, der den Zugriff auf die für Italien bestimmten Gelder ermöglichen sollte, in den Vordergrund (unter den EU-Mitgliedsstaaten ist Italien mit Mitteln in Höhe von etwa 191 Milliarden Euro der größte Empfänger). Auch im April 2021 enthielt sich Fdl der Stimme, wobei Meloni vor allem missbilligte, dass dem Parlament zu wenig Zeit für die Bewertung des Plans zur Verfügung gestanden habe und das Dokument »viel zu viele Antworten schuldig bleibt«. Ihre Rede schloss sie mit einem sarkastischen Kommentar: Sie glaube, die Regierung habe die EU-Kommission direkt in die verschiedenen Phasen der Ausarbeitung des Plans einbezogen, und sie hoffe, dass »sie (die Kommission, *Anm. d. Verf.*) den Plan, den sie ja lesen durfte, nicht auch gleich geschrieben hat«. Jüngst sprach Meloni auch die von § 21 der Verordnung Nr. 2021/241 zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität vorgesehene Möglichkeit an, dass der betreffende Mitgliedsstaat »aufgrund objektiver Umstände [...] die Kommission ersucht, einen Vorschlag zur Änderung oder Ersetzung der Durchführungsbeschlüsse des Rates vorzulegen«. Die Fdl, so Meloni, habe angesichts der veränderten wirtschaftlichen und sozialen Lage die felsenfeste Absicht, gemäß dieser Norm die Voraussetzungen für eine Überarbeitung des PNRR zu schaffen (Il Messaggero 2022). Wie im Programm des Rechts-Mitte-Bündnisses erwähnt, sollen zudem die Regeln des Stabilitätspaktes reformiert werden; auch die Vorgabe, wonach das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit eines Mitgliedsstaats drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht überschreiten darf, soll erneut zur Debatte gestellt werden.

Was die aktuelle Außenpolitik (und speziell den Krieg in Osteuropa) betrifft, so ist die Position der Fdl eindeutig: Von Anfang an schlug sich Meloni offen auf die Seite der Ukraine, gab sich als Atlantikerin, unterstützte NATO und EU, befürwortete die Lieferung von Waffen an die Ukraine und sprach sich entschlossen gegen Putin und sein Regime aus. Was die Verortung Italiens auf dem großen internationalen Schachbrett angeht, blieb Fdl – im Gegensatz zur *Lega* und zur FI, die weiterhin zweideutige Positionen vertreten – hartnäckig und bestätigte, dass sie im Falle eines Wahlsiegs Draghis Außenpolitik weiterführen werde. Solche Stellungnahmen sollen dazu beitragen, dass westliche Partner Fdl als verantwortungsbewusst und vertrauenerweckend wahrnehmen, doch die Geschichte der Partei steht zu diesem außenpolitischen Ideal in mehrfachem Widerspruch. Auf europäischer Ebene etwa ist die politische und persönliche Beziehung Melonis zu Viktor Orbán zu nennen, dem wichtigsten Repräsentanten der Visegrád-Gruppe, die sich gegen eine weitere Integration der EU ausspricht, sowie einer der aktivsten Verfechter der Interessen Putins in Europa. Man erinnere sich auch, dass Ungarn die wegen des Angriffs auf die Ukraine gegen die Russische Föderation verhängten EU-Sanktionen ablehnte. An dieser Stelle muss auch erwähnt werden, dass das gesamte Rechts-Mitte-Lager die seit der russischen Invasion der Krim gegen das Land verhängten Sanktionen ungerecht und schädlich nannte – und zwar nicht nur für die Beziehungen zwischen Russland und Italien, sondern auch für die zwischen Russland und Europa. Außerdem halten diese Parteien Russland nicht für eine Bedrohung, sondern für einen aus historischen, religiösen und kulturellen Gründen zum Westen gehörenden Verbündeten (Argenta 2018a).

Richten wir den Blick außerhalb Europas, so müssen wir feststellen, dass Meloni aufmerksam zu den USA aufschaute – aber nicht zu den USA von Barack Obama oder Joe Biden, sondern zu den USA von Donald Trump, jenem US-Präsidenten, der zu verschiedenen Anlässen mit der nordatlantischen Ausrichtung seines Landes brach, um isolationistische, EU-feindliche und oft Putins Russland zugewandte Positionen zu vertreten. Dasselbe gilt für seinen ehemaligen Chefstrategen Steve Bannon, der 2018 zur jährlichen politischen Veranstaltung der Jugendorganisation von Fdl, »Atreju«, eingeladen war und dort wie ein Star empfangen wurde; er nannte Meloni »eine Faschistin, eine Postfaschistin« und sie bestätigte ihm ihre Absicht, eine internationale Allianz zu schmieden, indem sie sich dem populistisch-souveränistischen Kartell »The Movement« anschließen würde. Das Projekt – eine Plattform, die im Vorfeld der Europawahl 2019 die souveränistischen Parteien des alten Kontinents koordinieren sollte – scheiterte zwar, doch eins steht fest: Zu denjenigen, die nicht interessiert, sondern auch bereit waren mitzumachen, zählten Meloni, Salvini, Orbán und Marine Le Pen.

Ein weiteres Schwerpunktthema der Fdl ist die Migrationsfrage. Melonis Position ist seit Langem bekannt. Seit Jahren fordert sie Maßnahmen wie etwa die »Seeblockade« der nordafrikanischen Küsten und die Einrichtung von Hotspots an den Küsten der Ausreiseländer, in denen auch die Asylansprüche geprüft werden sollen. Die Verteidigung der nationalen Grenzen und die Einwanderungsbekämpfung sind für

Fdl wohl auch »identitätsstiftend«: Es ist kein Zufall, dass Meloni die Migration in ihrer Autobiografie als »Instrument der globalistischen Eliten« bezeichnet, »um Zugehörigkeiten zu zerstören, einen unförmigen kulturellen Einheitsbrei und eine eintönige und aus charakterschwachen Menschen bestehende Einheitswelt zu schaffen« (Meloni 2021). Auch machte Meloni nie einen Hehl aus ihrer Überzeugung, hinter der »kontrollierten Migration« stecke der »Plan, die Bevölkerung Italiens auszutauschen« (La Repubblica 2017).

## LEGA

Seit Salvini 2013 das Amt des Vorsitzenden antrat, wandelte sich die *Lega* in eine rechtsradikale, nationalistische, souveränistische, extrem euroskeptische und xenophobe Partei: Innerhalb kurzer Zeit nahmen die EU und die Einwander\_innen den Platz Roms und der Süditaliener\_innen ein und wurden zu den »Feindbildern« der Italiener\_innen (Albertazzi, Giovannini, Seddone 2018). Die alten Parolen – *Padania libera* (»Für ein freies Padanien«), *Roma ladrona* (»Räuberisches Rom«) und »Stinkende Neapolitaner« – wichen den neuen: *Europa matrigna* (»Stiefmütterliches Europa«), *Basta Euro* (»Weg mit dem Euro«) und »Flüchtlingsinvasion«. Auch dieser populistischen Färbung verdankt die Partei, dass sie ihre Stimmen bei der Parlamentswahl 2018 mehr als vervierfachen konnte und dass ihr Stimmenanteil bei der Europawahl 2019 bei 34,3 Prozent lag.

Dementsprechend verhielt sich die *Lega*, als sie dann ein Jahr lang zusammen mit der 5-Sterne-Bewegung regierte und Salvini das Amt des Innenministers bekleidete: Zum einen galt der *Lega* die EU weiterhin als Sündenbock für die ungelösten innenpolitischen Probleme und zum anderen betrieb sie eine konkrete Antiflüchtlingspolitik, indem sie die italienischen Häfen für Flüchtlinge und Migrant\_innen schloss (Argenta 2018b: 5). Im Europäischen Parlament gehört sie gemeinsam mit Le Pens *Rassemblement National* zur nach der Europawahl 2019 entstandenen rechtspopulistisch-souveränistischen Partei *Identität und Demokratie*.

Die souveränistisch-nationalistische Einstellung der *Lega* zeigt sich ganz besonders in ihrer Einschätzung der EU. Es ist kein Zufall, dass sich das Wahlprogramm für die Europawahl 2019 folgendermaßen zusammenfassen lässt: Wahrung der nationalen Identität und Verteidigung der Grenzen durch eine »Politik der geschlossenen Häfen«, Einwanderungsstopp und Überwindung der von der EU vorgeschriebenen Sparpolitik durch einzelstaatliche wirtschaftspolitische Maßnahmen (Argenta 2022). Im Wahlprogramm 2018 wurde die EU folgendermaßen definiert: »Italien kann sich nicht von Europa (vom europäischen Kontinent, *Anm. d. Verf.*) loslösen [...]. Die Europäische Union hingegen ist etwas anderes, sie ist ein enormer supranationaler Organismus ohne echte demokratische Legitimierung, dessen ausufernde Bürokratie unseren Regierungen die Agenda diktiert – auch auf Kosten des physischen Schutzes und der finanziellen Absicherung der Bürger\_innen der einzelnen Mitgliedsstaaten« (Programm Lega 2018).

Nicht ohne Grund befürchtete man damals einen Italexit. Die *Lega* war der Ansicht, Italiens Verbleib in der EU solle von der Neuverhandlung aller Verträge abhängen, da diese ja bindend seien und Italiens legitime Souveränität untergraben würden. Das letztendliche Ziel dabei war die Rückkehr zum Status quo vor Maastricht, also zu einer Form der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit auf ausschließlich wirtschaftspolitischer Ebene (ebd.). Auch im Wahlprogramm 2018 der *Lega* mangelte es, ganz wie bei Fdl, nicht an einem Verweis auf den »Vorrang der Gesetze der Mitgliedsstaaten vor dem EU-Recht« (ebd.). Im Programm für die anstehende Neuwahl ist von einer Reform der Verträge nicht mehr die Rede; stattdessen wird das derzeit geltende Einstimmigkeitsprinzip bei Beschlussfassungen im Rat der Europäischen Union verteidigt: Seine Abschaffung führe zum Ausschluss einiger Mitgliedsstaaten aus dem Entscheidungsprozess und verwandle die EU in eine besondere Form der Oligarchie (Wahlprogramm Lega 2022: 167). In Übereinstimmung mit den geltenden EU-Verträgen beabsichtigt die *Lega*, bei sensiblen Themen wie Außenpolitik und Verteidigung die Entscheidungen auf die zwischenstaatliche Ebene zu verlagern, um die nationale Souveränität der einzelnen Mitgliedsstaaten zu wahren (ebd.).

Nun zum Euro: Salvini's *Lega* zierte sich nie, die gemeinsame Währung auf das Schärfste zu kritisieren. Man denke etwa an das Parteilogo, das vor der Europawahl 2014 (als die Partei noch *Lega Nord* hieß) radikal geändert wurde: Statt des traditionellen Schriftzugs *Padania* war »Weg mit dem Euro« zu lesen. Im Wahlprogramm 2018 hieß es, der Euro sei »der Hauptgrund für unseren (Italiens, *Anm. d. Verf.*) wirtschaftlichen Niedergang. Diese Währung ist auf Deutschland und auf multinationale Konzerne zugeschnitten und läuft den italienischen Bedürfnissen zuwider« (Wahlprogramm Lega 2018: 8). Im Januar 2018, nur wenige Wochen vor der Parlamentswahl, hoben Salvini und zwei von der *Lega* befragte Ökonomen nochmals hervor, wie falsch die gemeinsame Währung und die EU-Regeln seien: »Der Euro ist ein fehlgeschlagenes Experiment und die Drei ist eine Zahl, die für uns einfach keinerlei Bedeutung hat, wenn sie italienischen Unternehmen und Familien schadet« (damit meinten sie die Defizitquote, die drei Prozent des BIP nicht überschreiten darf) (La Repubblica 2018).

Bei den wichtigsten Abstimmungen über den PNRR in Italien und in Europa stimmte Fdl wie gesagt nur einmal, die *Lega* hingegen dreimal dafür und zweimal dagegen. Dennoch schlug sie im Laufe der Zeit sowohl den EU-Institutionen gegenüber wie auch auf nationaler Ebene kritische Töne an. Als die EU Italien aufforderte, die Verabschiedung der für den Zugriff auf EU-Gelder erforderlichen Reformen zu beschleunigen, erwiderte Salvini unumwunden: »Wir können uns ganz allein regieren. Ich glaube und hoffe, dass sich die EU in Pandemie- und Kriegszeiten um Frieden und Beschäftigung kümmert, ohne Zeugnisse zu verteilen oder bürokratische Mahnungen auszusprechen« (Skytg24 2022). Zum Schluss erinnerte er die EU daran, dass »die Italiener\_innen in den letzten Jahren 100 Milliarden Euro mehr an die EU abführten, als sie von der EU erhielten« (ebd.). Damit wies er darauf hin, dass Italien in der EU zu den größten Nettozahlern gehört. Nebenbei: Um auf 100 Milliarden Euro zu kommen,

muss ein Zeitraum von mindestens 20 Jahren ins Auge gefasst werden (Ministero dell'Economia e delle Finanze 2020: 123). Ferner äußerte sich auch Alberto Bagnai, der in der *Lega* für Wirtschaftsfragen zuständig ist, jüngst in einem Interview zum PNRR und sagte, der Plan sollte der aktuellen Lage angepasst werden. Wie auch FdI glaubt Bagnai, eine Neuverhandlung auf europäischer Ebene sei aufgrund der hohen Inflationsrate, der Rohstoff- und der Energiekrise notwendig (ASI 2022).

Was die Außenpolitik betrifft, so heißt es im aktuellen Wahlprogramm der *Lega*, Italien solle festes Mitglied im Nordatlantikpakt bleiben und den auf dem Völkerrecht und dem System der Vereinten Nationen beruhenden Multilateralismus unterstützen.

Dem Wahlprogramm lässt sich ferner entnehmen, dass die NATO und Italien dem Stabilitätsprinzip mehr Aufmerksamkeit schenken sollten. Die *Lega* mahnt: Eine Bündnisserweiterung verändert zwangsläufig das Gleichgewicht für den Frieden in Europa. Anscheinend glaubt die *Lega*, dass die NATO auf die Osterweiterung verzichten sollte, um ein gewisses Gleichgewicht zu bewahren (Wahlprogramm *Lega* 2022: 58). Bezüglich der aktuellen Ereignisse fehlt es im Wahlprogramm an einer klaren und eindeutigen Verurteilung der russischen Aggression gegen die Ukraine: Die Positionen sind eher zweideutig. Fest steht, dass Salvini nicht glaubt, dass die Lieferung von Waffen förderlich ist (La Stampa 2022b) und dass er bereits seit der Krimkrise die Sanktionen gegen Russland missbilligt und deren Schlagkraft infrage stellt bzw. sogar überlegt, ob diese nicht vielmehr den Krieg anheizen (Adnkronos 2022). Abschließend sei daran erinnert, dass Salvini 2018 als Vize-Premierminister und Innenminister die Volksabstimmung, die die Herrschaft Moskaus über die Halbinsel Krim wiederherstellte, für berechtigt hielt und somit die Annexion anerkannte (Eunews 2018).

In Europa waren die Ansprechpartner\_innen von Salvini und seiner Partei schon immer Marine Le Pen, Viktor Orbán, Jarosław Kaczyński und Jörg Meuthen, mit denen sie zu verschiedenen Anlässen Seite an Seite für gemeinsame Ziele – angefangen bei der Migrationsfrage bis zur Verteidigung der traditionellen Familie – kämpften. Außerhalb Europas machte der ehemalige italienische Innenminister keinen Hehl aus seiner Bewunderung für Donald Trump, Steve Bannon und insbesondere Wladimir Putin. Seit er das Amt des Parteivorsitzenden der *Lega* bekleidet, ist Salvini stets darauf bedacht, ein privilegiertes Verhältnis zu Moskau zu haben: Es ist kein Zufall, dass er und seine Partei mit der Zeit zu einem regelrechten Bezugspunkt des Kremls in Italien wurden. Salvini unternahm sogar einige Reisen nach Russland, um Vertreter\_innen der Partei *Einiges Russland*, Unternehmer und Putin selbst zu treffen. Er äußerte ferner seine Bewunderung für »die klaren Vorstellungen, die Bestimmtheit, den Mut, den Interventionismus und ein Gesellschaftsbild, dessen Kernelemente ich teile«, von Putin und seinem Land, zu dem die *Lega* in geopolitischer Hinsicht aufschaut (Il Giornale 2015a). Unvergesslich sind die Ereignisse, die sich 2015 abspielten, als sich der italienische Staatspräsident Sergio Mattarella im EU-Parlament zur Migrationsfrage und zur Notwendigkeit

eines geeinten Europas äußerte. Salvini erschien damals mit einem T-Shirt, auf dem Putins Gesicht abgedruckt war, und er postete folgenden Satz: »Ich tausche zwei Mattarellas gegen einen halben Putin« (Il Giornale 2015b). Solche Äußerungen trugen zusammen mit den mehrmals wiederholten russlandfreundlichen Stellungnahmen seiner Parteikolleg\_innen und der angeblichen russischen Finanzierung der *Lega* dazu bei, dass Salvini für die Ereignisse, die sich im März 2022 an der polnisch-ukrainischen Grenze abspielten, Spott von der internationalen Presse erntete und in Verlegenheit geriet. Salvini war dorthin gereist, um den ukrainischen Kriegsflüchtlingen sein Mitgefühl auszudrücken und seine Unterstützung anzubieten; doch der Bürgermeister der polnischen Grenzstadt Przemysł kritisierte ihn scharf. Bei ihrem Treffen zeigte der Bürgermeister ein T-Shirt mit dem Gesicht des russischen Präsidenten und wies damit auf die Verbundenheit des *Lega*-Vorsitzenden mit dem russischen Staatsoberhaupt hin; dann forderte er Salvini auf, sich an die ukrainische Grenze zu begeben, um sich dort gegen Putin auszusprechen. Den Journalist\_innen, die wissen wollten, ob er Putin nun verurteile oder nicht, antwortete Salvini: »Das ist doch selbstverständlich. Wir verurteilen Putin und wir verurteilen die russische Aggression« (Il Corriere della Sera 2022a). Dennoch stellen die jüngste Vergangenheit und die Äußerungen der darauffolgenden Monate die Glaubwürdigkeit seiner Worte infrage.

Zuletzt wenden wir uns einem langjährigen Lieblingsthema der *Lega* zu: der Migrationsfrage. Die *Lega* will die vom Kabinett Conte I (2018 bis 2019) begonnene Arbeit weiterführen – also eine flüchtlingsfeindliche Politik, verbunden mit dem Entschluss, die italienischen Häfen für Flüchtlinge und Migrant\_innen zu schließen (Politik der geschlossenen Häfen). Unter dem Motto »Italiener\_innen zuerst« versuchte die *Lega* in den letzten Jahren unablässig, die Angst der Bevölkerung vor der »Invasion« afrikanischer Migrant\_innen zu schüren – zwar trat nichts dergleichen ein, doch kam dieses Narrativ sehr gut bei den Wähler\_innen an. Auch gelang es der *Lega*, die über viele Jahre die EU in den sozialen Medien beschuldigte, Italien beim Thema Migration im Stich zu lassen, die euroskeptische Stimmung zu schüren (Argenta 2022).

Die Wahrung der nationalen Identität, der Schutz der EU-Außengrenzen und der Einwanderungsstopp nehmen im *Lega*-Programm eine zentrale Stellung ein. Wie FdI behauptet auch die *Lega*, die Immigration mache Italien zu einem zunehmend unsicheren Land. Laut Statistiken sinkt die Kriminalitätsrate seit Jahren, doch häufig reicht ein Vorfall aus den Nachrichten, um die rechte Propagandamaschinerie, die Einwander\_innen (allen voran Afrikaner\_innen und Muslim\_innen) als Gefahr Nummer eins stilisiert, wieder in Gang zu setzen.

## FORZA ITALIA

Von den hier untersuchten Parteien scheint FI die am ehesten proeuropäische, atlantische, konservative und liberale Partei zu sein. Doch bewirken ein 85-jähriger Silvio Berlusconi, zahlreiche parteiinterne Streitigkeiten, in deren Folge viele altgediente Parteimitglieder FI verließen, und alles andere als

vielversprechende Wahlprognosen, dass der Stern der Partei allmählich sinkt. Die populistisch-souveränistische Rechte (*Lega* und *Fdl*) gewinnt immer mehr die Oberhand. Allerdings kann Berlusconi als Vorläufer des modernen Populismus verstanden werden, war dreimal Regierungschef und bestimmte über 30 Jahre lang die italienische Politik.

Die *FI* will vor allem als bündnisinterne Hüterin der europäischen Prinzipien und Werte dastehen. Es geht ihr darum, die politische Mitte zu erobern, und da spielt der Europagedanke eine wesentliche Rolle. Es ist kein Zufall, dass Berlusconi und die engere Parteiführung im oberen Teil des Parteilogos ein ganz und gar nicht nebensächliches Element hinzufügten, nämlich den Schriftzug »Europäische Volkspartei«, den Namen der Partei, der sie im EU-Parlament angehören. Berlusconi selbst erklärte, es gehe ihm dabei darum, seine Zugehörigkeit zur Familie der liberalen Katholik\_innen zu betonen: Damit verspricht er sich, gemäßigte Wähler\_innen, die vor den extremistischen Tönen der beiden anderen Parteien zurückschrecken, für sich zu gewinnen. Neben diesen Werten, so Berlusconi, »bekennt sich unsere Mitte, die Mitte der Europäischen Volkspartei, auch zur liberalen Tradition, zur christlichen Tradition, zur Tradition des liberalen Rechtsstaats, zur Tradition Europas und des Nordatlantikkpakes, zu den Prinzipien und Werten der westlichen Zivilisation und handelt in deren Geiste« (Eunews 2022). Mit dem Bekenntnis zur EU und zu ihren Institutionen will *FI* bei den EU-Partnern und auf den Märkten Vertrauen wecken sowie ein Gegengewicht zu den anderen beiden Parteien und deren weit weniger gemäßigten Positionen bilden. Was die Abstimmungsverfahren im Europäischen Rat betrifft, befürwortet *FI* insbesondere den Übergang von der Einstimmigkeit zur qualifizierten Mehrheit.

*FI* sprach sich nie konkret für den Austritt aus der gemeinsamen Währung aus, doch im Laufe der Jahre hielt Berlusconi nie mit seiner Meinung hinter dem Berg, vor allem wenn es um das altbekannte Problem des Lira/Euro-Wechselkurses und die Idee einer zweiten Währung parallel zum Euro ging. Was die erste Frage betrifft, kritisierte Berlusconi häufig Romano Prodi, den ehemaligen italienischen Premierminister und Ex-Präsidenten der Europäischen Kommission, der seines Erachtens für »den unbedacht akzeptierten Umrechnungskurs« der gemeinsamen Währung verantwortlich ist. Berlusconis Ansicht nach brachte die Euro-Einführung auch Veränderungen zum Schlechteren mit sich, weil einige der von Prodi gebilligten Regelungen die Einkommen und Ersparnisse der Italiener\_innen halbiert hätten (Agi 2018). Daneben setzte sich Berlusconi 2017 für ein Nebeneinander zweier Währungen ein, wobei der Euro für internationale Transaktionen und eine nationale Währung für Binnentransaktionen verwendet werden sollte, um hierdurch den Konsum, die Nachfrage und die Wirtschaftsentwicklung in Italien anzukurbeln. Dieser Vorschlag stieß nicht auf große Zustimmung und wurde schnell fallen gelassen. Trotz solcher Einschätzungen und Vorschläge vertrat und vertritt *FI* keine Positionen, die auf die Forderung nach einem Italexit (Austritt Italiens aus der Eurozone) schließen lassen. Doch fordert *FI* genauso wie *Fdl* und *Lega* die Reform des Stabilitätspaktes.

Was den PNRR betrifft, erklärte Antonio Tajani, Vizepräsident und nationaler Koordinator von *FI* sowie ehemaliger Präsident des EU-Parlaments, ohne Umschweife, dass der italienische Plan für den Zugriff auf NGEU-Gelder nicht angetastet werde und dass die Kontinuität der positiven Maßnahmen der Regierung Draghi außer Frage stehe. Im Gegensatz zu *Fdl* und *Lega* hegt *FI* also die Absicht, die Reformen, die Draghi einleitete, weiterzuführen, um Italien die nächste Tranche der Darlehen und Hilfsleistungen zu sichern. In den vergangenen zwei Jahren stimmte *FI* bei vier von fünf Abstimmungen über NGEU und PNRR mit Ja – einmal enthielt sie sich der Stimme. Nebenbei sei erwähnt, dass der ehemalige Ministerpräsident in einem jüngst für *FI* gedrehten Werbevideo behauptete, er habe Italien die PNRR-Mittel ganz allein gesichert. Es fragt sich, wie das sein kann, da der Regierungschef, der mit Brüssel verhandelte, Giuseppe Conte hieß.

Wie bereits angedeutet, bekennt sich *FI* zum atlantischen Bündnis, bekräftigt ihre Unterstützung für die NATO, möchte unter anderem die italienischen Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung erhöhen und die Beziehungen zu den USA weiter ausbauen (Wahlprogramm *FI* 2022). *FI* spricht sich zudem für eine gemeinsame EU-Außenpolitik sowie für eine gemeinsame Verteidigungsarmee aus, »bestehend aus einer 100.000 Mann starken Eingreiftruppe und von den Streitkräften der EU-Mitgliedsstaaten koordiniert« (ebd.). Nach wie vor bleibt jedoch die klare und eindeutige Verurteilung des russischen Angriffs auf die Ukraine aus. In diesem Zusammenhang kommt man nicht umhin, die langjährige Freundschaft zwischen Berlusconi und Putin zu erwähnen. Denn wenn von einer Stellungnahme die Rede sein kann, dann handelt es sich wohl um folgenden jüngst von Berlusconi über die Ereignisse in der Ukraine geäußerten Kommentar: »Dass mich das Verhalten von Wladimir Putin zutiefst enttäuscht und betrübt hat [...], kann und will ich nicht verheimlichen. [...] Dafür wird er sich vor der ganzen Welt verantworten müssen. Wir lernten uns vor 20 Jahren kennen und ich hielt ihn immer für einen Mann der Demokratie und des Friedens« (Il Corriere della Sera 2022b). Im Allgemeinen war die Position von *FI* und Berlusconi gegenüber Russland über die Jahre hinweg eher zweideutig. Seit der Krimkrise sprach sich *FI* stets gegen die Sanktionen aus.

Die Positionen der *FI* zur Migrations- und Flüchtlingspolitik sind weitgehend gemäßigter als die der Bündnispartner. Grundlegend ist ihres Erachtens, dass die EU und ihre Institutionen geeint und solidarisch an einem für alle Mitgliedsstaaten verbindlichen Mechanismus zur Umverteilung der Migrant\_innen sowie an einem gemeinsamen Rückführungssystem arbeiten. Vorrangig sei ferner die Reform des Dubliner Übereinkommens, kritisiert wird vor allem jene Norm, der zufolge das Ersteinreiseland zur Aufnahme der Ankömmlinge und zur Überprüfung der Asylanträge verpflichtet ist; es gehe darum, Italien und die anderen aus geografischen Gründen zu Ersteinreiseländern gewordenen Mitgliedsstaaten zu entlasten. Als letzten Punkt schlägt *FI* einen europäischen Marshallplan für Afrika vor, um die Auswanderung signifikant zu reduzieren und die Zusammenarbeit mit den Staaten Nordafrikas und am Horn von Afrika auch im zivilen und militärischen Bereich zu fördern (Wahlprogramm *FI* 2022).

## FAZIT

Das Rechts-Mitte-Bündnis hat den Sieg noch nicht in der Tasche, aber die Chancen stehen gut. Genauso gut steht es wohl um eine weitere koalitionsinterne Machtverschiebung: Über lange Jahre war FI die treibende Kraft der Koalition, seit 2018 hatte die *Lega* das Sagen und nun bietet die anstehenden Neuwahlen der FdI-Chefin, deren Partei seit ihrem Einzug ins Parlament 2013 in der Opposition ist, eine ausgezeichnete Gelegenheit, um Salvini seine Koalitionsführerschaft streitig zu machen, FdI an die Spitze einer italienischen Rechts-Mitte-Koalition zu hieven und, sollte sie die Parlamentswahl tatsächlich gewinnen, als erste Frau Premierministerin zu werden.

Bedenklich stimmt jedoch der jüngst erfolgte radikale Richtungswechsel des Bündnisses (und insbesondere der FdI und der *Lega*), was Ton und Inhalt der Prioritäten betrifft, die die drei Parteien über Jahre geprägt haben. Was geschieht, wenn sie demnächst regieren sollten? Wird sich der neue Geist durchsetzen – mehr Dialogbereitschaft und weniger Kritik an EU, NATO und gemeinsamer Währung – oder werden sich vielmehr der altbekannte Euroskeptizismus, die prorussischen Positionen und die Forderungen nach »geschlossenen Häfen« wieder lauter werden?

Dass das Rechts-Mitte-Lager in diesem Wahlkampf versucht, die Radikalität seiner Positionen zu leugnen, liegt auf der Hand. Es bleibt abzuwarten, wie es sich ab dem 26. September, dem Tag nach den Wahlen, verhalten wird. Ob da wohl ein neuer Mosaikstein zu dem Bild Europas, das Orbán vorschwebt, hinzukommt?

## LITERATUR

- Accordo quadro** (2022): [http://www.forzaitalia.it/speciali/PER\\_L\\_ITALIA\\_Accordo\\_quadro\\_di\\_programma\\_per\\_un\\_Governo\\_di\\_centrodestra.pdf](http://www.forzaitalia.it/speciali/PER_L_ITALIA_Accordo_quadro_di_programma_per_un_Governo_di_centrodestra.pdf).
- Adnkronos** (2022): Sanzioni Russia, Salvini: «Temo alimentino la guerra», [https://www.adnkronos.com/salvini-sanzioni-a-russia-coliscono-piu-i-sanzionatori-che-i-sanzionati\\_2eXBcVHVCCFps1noVsYxnc](https://www.adnkronos.com/salvini-sanzioni-a-russia-coliscono-piu-i-sanzionatori-che-i-sanzionati_2eXBcVHVCCFps1noVsYxnc).
- Agi** (2018): L'euro ha realmente dimezzato i redditi degli italiani, come dice Berlusconi?, [https://www.agi.it/fact-checking/berlusconi\\_euro\\_povert-3335199/news/2018-01-04/](https://www.agi.it/fact-checking/berlusconi_euro_povert-3335199/news/2018-01-04/).
- Albertazzi, D., Giovannini, A. & Seddone, A.** (2018): »No regionalism please, we are Leghists!«: The transformation of the Italian Lega Nord under the leadership of Matteo Salvini, in: *Regional & Federal Studies*, 28:5, 645–671.
- Argenta, L.** (2018a): Die europapolitischen Positionen des Mitte-Rechts-Lagers in Italien, Rom: Friedrich-Ebert-Stiftung, <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/rom/14177.pdf>.
- Argenta, L.** (2018b): Italien auf Konfrontationskurs. Die Europapolitik der Regierung Conte, Rom: Friedrich-Ebert-Stiftung, <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/rom/14958.pdf>.
- Argenta, L.** (2022): Vom secessionistischen Regionalismus zum EU- und fremdenfeindlichen Nationalismus. Das populistische Erfolgsmodell der Lega in Italien, in: Decker, F. et al. (Hrsg.): *Aufstand der Außenseiter. Die Herausforderung der europäischen Politik durch den neuen Populismus*, Baden-Baden: Nomos, 315–330.
- ASI** (2022): Elezioni, Bagnai (Lega): PNRR messo a rischio da incompetenza del PD, <https://agenziaStampaItalia.it/politica/politica-nazionale/62064-elezioni-bagnai-lega-pnrr-messo-a-rischio-da-incompetenza-del-pd>.
- Il Corriere della Sera** (2022a): Polonia, Salvini: «Condanno anche Putin e l'aggressione russa», <https://video.corriere.it/esteri/polonia-salvini-condanno-anche-putin-l-aggressione-russa/1f5491da-9f0b-11ec-937a-aba34929853f>.
- Il Corriere della Sera** (2022b): Berlusconi, il discorso del ritorno: «Deluso e addolorato da Putin», [https://www.corriere.it/politica/22\\_aprile\\_09/berlusconi-discorso-ritorno-putin-1ef72044-b81b-11ec-8f4b-d04246868aa8.shtml](https://www.corriere.it/politica/22_aprile_09/berlusconi-discorso-ritorno-putin-1ef72044-b81b-11ec-8f4b-d04246868aa8.shtml).
- EU-Parlament** (2021): [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2021-02-09-ITM-003\\_IT.html#:~:text=Signor%20Presidente%2C%20onorevoli%20colleghi%2C%20abbiamo%20sostenuto,e%20continueremo%20a%20vigilare%20senza%20sconti](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2021-02-09-ITM-003_IT.html#:~:text=Signor%20Presidente%2C%20onorevoli%20colleghi%2C%20abbiamo%20sostenuto,e%20continueremo%20a%20vigilare%20senza%20sconti).
- Eunews** (2018): Salvini riconosce l'annessione della Crimea alla Russia: «Ci fu un referendum», <https://www.eunews.it/2018/07/20/salvini-riconosce-lannessione-della-crimea-alla-russia-ci-fu-un-referendum/>.
- Eunews** (2022): »Partito popolare europeo« nel simbolo di Forza Italia per le elezioni di settembre, <https://www.eunews.it/2022/08/09/forza-italia-partito-popolare-europeo-elezioni-italia/>.
- Il Giornale** (2015a): Salvini andrà a Mosca per incontrare Putin, <https://www.ilgiornale.it/news/politica/salvini-andr-mosca-incontrare-putin-1202853.html>.
- Il Giornale** (2015b): La provocazione di Salvini: «Cedo Mattarella per Putin», <https://www.ilgiornale.it/news/politica/provocazione-salvini-cedo-mattarella-putin-1198451.html>.
- Il Messaggero** (2022): Meloni: «Il Pnrr, uno strumento prezioso. Ecco perché serve aggiornarlo», [https://www.ilmessaggero.it/politica/meloni\\_pnrr\\_lettera\\_intervento\\_messaggero\\_cosa\\_ha\\_detto\\_elezioni\\_politiche-6877558.html](https://www.ilmessaggero.it/politica/meloni_pnrr_lettera_intervento_messaggero_cosa_ha_detto_elezioni_politiche-6877558.html).
- La Repubblica** (2017): Ius soli, Meloni riunisce la destra contro la legge: «Atto di sostituzione etnica», <https://video.repubblica.it/dossier/riforme-da-non-tradire/ius-soli-meloni-riunisce-la-destra-contro-la-legge-atto-di-sostituzione-etnica/279222/279821>.
- La Repubblica** (2018): Salvini contro Berlusconi: «Se il 3% danneggia le famiglie per noi non esiste.» L'ex premier: «No grande coalizione», [https://www.repubblica.it/politica/2018/01/23/news/salvini\\_berlusconi\\_parametri\\_ue-187093449/](https://www.repubblica.it/politica/2018/01/23/news/salvini_berlusconi_parametri_ue-187093449/).
- La Stampa** (2022a): Le giravolte di Meloni sull'euro e il sogno impossibile di un'altra Ue, [https://www.lastampa.it/politica/2022/07/27/news/le\\_giravolte\\_di\\_meloni\\_sulleuro\\_e\\_il\\_sogno\\_impossibile\\_di\\_unaltra\\_ue-5479947/](https://www.lastampa.it/politica/2022/07/27/news/le_giravolte_di_meloni_sulleuro_e_il_sogno_impossibile_di_unaltra_ue-5479947/).
- La Stampa** (2022b): Salvini: «Con Trump non ci saremmo ritrovati in guerra.» Giorgetti: Matteo a Mosca? Non credo sia in programma. E lui: Non vado in Russia, [https://www.lastampa.it/politica/2022/05/02/news/guerra\\_in\\_ucraina\\_salvini\\_con\\_trump\\_non\\_ci\\_saremmo Ritrovati\\_in\\_guerra\\_giorgetti\\_matteo\\_a\\_mosca\\_non\\_credo\\_sia\\_in\\_prog-3193667/](https://www.lastampa.it/politica/2022/05/02/news/guerra_in_ucraina_salvini_con_trump_non_ci_saremmo Ritrovati_in_guerra_giorgetti_matteo_a_mosca_non_credo_sia_in_prog-3193667/).
- Meloni, G.** (2021): Io sono Giorgia: le mie radici, le mie idee, Milano: Rizzoli.
- Ministero dell'Economia e delle Finanze** (2020): Annuario statistico della Ragioneria Generale dello Stato, [https://www.rgs.mef.gov.it/\\_Documenti/VERSIONE-I/Pubblicazioni/Studi-e-do/annuario\\_statistico\\_della\\_ragioneria\\_generale\\_dello\\_stato/Annuario\\_statistico\\_della\\_RGS\\_2020.pdf](https://www.rgs.mef.gov.it/_Documenti/VERSIONE-I/Pubblicazioni/Studi-e-do/annuario_statistico_della_ragioneria_generale_dello_stato/Annuario_statistico_della_RGS_2020.pdf).
- Skytg24** (2022): Pnrr, Salvini: «Richiami dall'Ue? Siamo in grado di governarci da soli», <https://tg24.sky.it/politica/2022/05/22/pnrr-salvini-ue>.
- Tweet Meloni, <https://video.repubblica.it/dossier/riforme-da-non-tradire/ius-soli-meloni-riunisce-la-destra-contro-la-legge-atto-di-sostituzione-etnica/279222/279821>.
- Ventura, S.** (2022): Giorgia Meloni e Fratelli d'Italia. Un partito personalizzato tra destra estrema e destra radicale, Rom: Friedrich-Ebert-Stiftung, <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/rom/19408.pdf>.
- Wahlprogramm FI** (2022): [http://www.forzaitalia.it/speciali/Programma\\_Elettorale\\_Forza\\_Italia.pdf](http://www.forzaitalia.it/speciali/Programma_Elettorale_Forza_Italia.pdf)
- Wahlprogramm Europawahl FdI** (2019): <https://www.fratelli-italia.it/wp-content/uploads/2019/04/Programma-completo-1.pdf>.
- Wahlprogramm FdI** (2018): <https://drive.google.com/file/d/1kAaQRfLoI5TaX65-0BC43Pm2r5hrSyka/view>.
- Wahlprogramm Lega** (2022): [https://static.legaonline.it/files/Programma\\_Lega\\_2022.pdf](https://static.legaonline.it/files/Programma_Lega_2022.pdf).
- Wahlprogramm Lega** (2018): <https://www.leganord.org/component/tags/tag/programma-politiche-2018>.

## ÜBER DEN AUTOR

**Luca Argenta** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im römischen Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung. Er hat einen Master in Europastudien und einen PhD in Politikwissenschaften von der Europa Universität Flensburg.

## IMPRESSUM

Friedrich-Ebert-Stiftung |  
Piazza Capranica 95 | 00186 Rom | Italien

Verantwortlich:  
Dr. Tobias Mörschel | Direktor | FES Italien  
Tel.: +39 06 82 09 77 90  
<https://italia.fes.de/>

Bestellungen/Kontakt:  
[info@fes-italia.org](mailto:info@fes-italia.org)

Facebook:  
[@FESItalia](https://www.facebook.com/FESItalia)

Twitter:  
[@FES\\_Italia](https://twitter.com/FES_Italia)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.